

Die Rolle der Hochschulen für eine zukünftige Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie

von Markus Vogt, Dezember 2013

1. Die Hochschulen als Faktoren der gesellschaftlichen Verantwortung

Nachhaltigkeit braucht einen neuen, wissensbasierten Gesellschaftsvertrag zur „Großen Transformation des Verhältnisses zwischen Mensch und Umwelt in ihren ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen – so der „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“¹. Daraus folgt, dass die Institutionen der Wissensgenerierung, also an vorderster Stelle die Hochschuleinrichtungen – eine aktive Rolle für die Mitgestaltung der Governance-Strukturen sowie den Wissenstransfer in die Öffentlichkeit übernehmen müssen.

Die gesellschaftspolitische Mitverantwortung der Universitäten und Hochschulen ergibt auch aus der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie, die im April 2013 veröffentlicht wurde. Der konsequente „Wandel zur Wissensgesellschaft“ wird dort zum einen als Basis für mehr Innovation, zum anderen aber auch als Weg zu „Mehr an Nachhaltigkeit“ angesehen. Eine wichtige Rolle wird der „Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Hochschuleinrichtungen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ zugesprochen. Zudem sollten „die Bürgerinnen und Bürger durch eine zeitgemäße Wissenschaftskommunikation am Erkenntnisfortschritt teilhaben“. Um „alle Forschungsbereiche in ihrer Leistungsfähigkeit [zu] sichern“, wird die Erhöhung des Forschungs- und Entwicklungsanteils am BIP von derzeit 3,2% auf 3,6% in 2020 anvisiert.

Diese Ziele der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie klingen versprechend. Ernüchternder wird der Eindruck, wenn man auf die Inhalte blickt. Unter den relevanten Zukunftsfeldern werden ausschließlich technische und medizinische Fächer genannt. Der Bereich der Kultur fehlt völlig - nicht nur in den der Wissenschaft gewidmeten Kapiteln, sondern insgesamt in der bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie. Damit fehlt auch eine Reflexion über die Ausrichtung der technischen Innovationen, über ihrer ethischen Grenzen und ihre gesellschaftliche Einbindung. So setzt die Nachhaltigkeitsstrategie beispielsweise bei der Energiewende auf Fusionsforschung, während viel näher liegende Entwicklungen in den Speichertechnologien und hinsichtlich veränderter Organisationsstrukturen der Energienutzung wenig im Blickfeld sind.

Ich bin überzeugt, dass erst ein Kulturwandel der technischen Forschung eine dem Nachhaltigkeitskonzept angemessene Richtung geben kann und dass auch die Fragen einer Kultur der Nachhaltigkeit als Gegenstand sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung wahrzunehmen sind. Ein einseitig technologisch ausgerichteter

¹ Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (wbgu): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011.

Nachhaltigkeitsbegriff, wie er dem gegenwärtigen Konzept der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie zugrunde liegt, hilft nicht weiter.

Insgesamt bleibt die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie weit hinter den Möglichkeiten und der starken Vorreiterrolle, die Bayern früher in diesem Feld inne hatte, zurück: Bayern war 1970 das erste Bundesland, das ein ‚Ministerium für Umwelt und Entwicklung‘ gründete. Es war 1997 mit der Bayern Agenda 21 das erste Bundesland, das eine umfassende Strategie für nachhaltige Entwicklung entworfen hat. Um die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie in dieser Tradition weiterzuentwickeln, ist die Mitwirkung der Universitäten und Hochschulen unverzichtbar. Es bräuchte eine institutionelle Plattform, um den Weg von Ideen in die Politik sowie umgekehrt von der Politik in die Forschung zu verkürzen.

Hierzu gab es - wie bereits bei unserem letzten Treffen berichtet - bei einem Gespräch im Wissenschaftsministerium mit Herrn MD Dr. Zeitler nachdrückliche Impulse. Die Idee eines bayerischen Nachhaltigkeitsrates fand inzwischen auch an verschiedenen anderen Stellen positive Resonanz. Ein öffentliches Gespräch in der Bayerischen Staatskanzlei mit Staatsministerin Haderthauer, Klaus Töpfer und Alois Glück hat aber auch ernüchternd gezeigt, dass in der Politik derzeit andere Fragen im Vordergrund stehen.

Gerade weil zu erwarten ist, dass sich die langfristigen, ethisch anspruchsvollen und höchst komplexen Anforderungen einer glaubwürdig nachhaltigen Entwicklungsstrategie nicht ohne große Widerstände und Reibungen in die Alltagspolitik implementieren lassen, sind institutionelle Innovationen nötig. Auch die Wissenschaften haben hier eine Bringschuld.

2. Potentiale und Aufgaben in Bayern

Derzeit werden die vorhandenen Nachhaltigkeits-Potentiale in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft kaum gebündelt. Ein Bayerischer Nachhaltigkeitsrat könnte eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Politik und Gesellschaft übernehmen und die in zahlreichen Sektoren im Entstehen begriffene Kultur der Nachhaltigkeit befördern. Vor allem könnte auf diesem Weg dazu beigetragen werden, dass Verantwortliche in Wirtschaft und Politik und die Bürger zur Mitgestaltung aktiviert werden.

Bayern hat alle Voraussetzungen (historisch, politisch, wirtschaftlich), um innerhalb Deutschlands Schrittmacher für Nachhaltigkeit zu werden. Es geht dabei um einen tiefgreifenden Transformationsprozess, der nahezu alle Bereiche der Gesellschaft betrifft und mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts oder dem Übergang Bayerns vom Agrarland zum innovativen Technologiestandort in der Nachkriegsepoche verglichen werden kann. Es braucht neue Foren für die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, um ein generationenübergreifendes

Denken und Handeln für den gesamten Bereich Gesellschaft und Wirtschaft anzuregen und mitzugestalten. Bereits die Agenda 21 von Rio sah darin einen Schlüssel der Nachhaltigkeitsstrategie (vgl. Kapitel 31 zu Wissenschaft und Technik): „Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Technik, Entscheidungsträgern und Öffentlichkeit“ (Teil A). Auch von einer „vollwertigen Partnerschaft“ und einer „umfassenderen Heranziehung wissenschaftlicher und technischer Informationen und Wissenspotentiale“ sowie einer Verstärkung multidisziplinäre Ansätze ist die Rede (Agenda 21,31.1).

Ein positives Beispiel hierfür sind die Bayerischen Forschungsverbände, die interuniversitäre Forschungsallianzen zu aktuellen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen organisieren.² Im Sommer 2013 wurde der Forschungsverbund „ForChange“ gegründet, in dessen Mittelpunkt das Konzept der Resilienz, also der flexiblen Robustheit in der Gestaltung von Wandlungsprozessen, steht. Dieses Konzept, an dessen interdisziplinärer Erforschung sich ca. 40 Wissenschaftlerinnen aus ganz Bayern beteiligen, bietet Perspektiven für eine Operationalisierung der Nachhaltigkeitsstrategien in unterschiedlichen Feldern - von Arbeitspsychologie, Ressourcenmanagement, Geldsystemen, Ethik, Bildung und Energiewende bis Forstwirtschaft u.a.

Es wäre an der Zeit, solche und ähnliche Projekte in Bezug auf eine Gesamtstrategie für die nachhaltige Entwicklung Bayerns in Angriff zu nehmen. Hilfreich wäre auch eine unabhängige wissenschaftsbasierte Bilanzierung der Nachhaltigkeitsfortschritte auf allen einschlägigen Gebieten durch bayern-spezifische Indikatoren.

3. Konkrete Schritte zur Bündelung der Potenziale

In Bayern sind vielfältige Potenziale für Nachhaltigkeitswissen an Universitäten und Hochschulen vorhanden. Diese sind bisher jedoch kaum gebündelt und vernetzt. Unsere Regionalgruppe will hierzu einen Beitrag leisten. Konkrete Schritte in diese Richtung könnten sein:

- Aus geisteswissenschaftlicher Perspektive ist die *Arbeit am Begriff* der erste Schritt von Wissenschaft. Trotz 300jähriger Begriffsgeschichte fehlt es in der öffentlichen und politischen Kommunikation immer noch erheblich an einem präzisen Verständnis für das Nachhaltigkeitskonzept. Dies gilt nicht zuletzt auch für die bisherige Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie. Dadurch gerät diese insgesamt in eine Schiefelage (z.B. die Interpretation des Drei-Säulen-Konzept als Summe statt als Wechselwirkung zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren; ohne diese Präzisierung wird das Modell beliebig und zum leeren Etikett). Der Zusammenschluss von 15 Münchner Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen für gemeinsame Nachhaltigkeits-Vorlesungen im Amerika-

² <http://www.bayfor.org/de/geschaeftsbereiche/forschungsverbuende/was-ist-ein-forschungsverbund.php>

haus und im Rathaus, die ökosozialen Hochschultage, das wirtschaftsethische Netzwerk sneep u. a. sind Initiativen in diese Richtung.

- Datenerhebung zu Nachhaltigkeitsforschungen an Bayerischen Hochschuleinrichtungen im Grundlagen- und im Anwendungsbereich, um dieses stärker auch für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Da sich die Umsetzungs- und Politikfähigkeit des Wissens oft erst aus der Zusammenschau verschiedener Forschungsfelder ergibt und Nachhaltigkeit den Charakter von Querschnittswissen hat, ist hier auch von den Hochschuleinrichtungen selbst eine stärker interdisziplinäre Kommunikation zwischen den verschiedenen Wissensgebieten zu organisieren. Eine Bündelung von Grundlagen- und Anwendungsforschung sowie von technischen und sozialwissenschaftlichen Zugängen könnte beispielsweise im Bereich der Energie erhebliche Impulse liefern. Dies kann nur geleistet werden, wenn an den Universitäten und Hochschulen entsprechende Strukturen geschaffen werden.
- Die Agenda 21 postuliert für die Wissenschaft auch eine explizite Integration ethischer Perspektiven in die Forschung: "Ein ausgeprägtes ethisches Bewusstsein in der umwelt- und entwicklungspolitischen Entscheidungsfindung soll dazu beitragen, der Bewahrung und Stärkung der lebenserhaltenden Systeme um ihre selbstwillen angemessene Prioritäten einzuräumen" (31,8) [...] Dazu sollen Verhaltenskodizes in Wissenschaft und Technik formuliert werden. Nachhaltigkeit braucht ein Modell von Ethik *in* den Wissenschaften, um dort unmittelbar über Richtung und Grenzen der Forschung zu reflektieren statt nur nachgelagert Anwendungsverbote zu formulieren (dies gibt es beispielsweise an der Universität Tübingen sowie am Münchner Kompetenzzentrum Ethik (MKE)).
- Für eine wissenschaftsbasierte kritisch-konstruktive Begleitung der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie gibt bereits eine Initiative: Das Bündnis Nachhaltigkeit Bayern (BNB, gegründet 2011). Dieses Bündnis hat eine Bewertung der Bayerischen Strategie in allen Feldern verfasst und diese als "Wahlprüfsteine" an die politischen Parteien des Landtags geschickt. Diese haben teils sehr ausführlich geantwortet. Bisher ist das BNB jedoch eher zivilgesellschaftlich ausgerichtet, eine Mitarbeit von Akteuren aus unserer Regionalgruppe wäre sehr willkommen.

4. Die Gretchenfrage

Insgesamt gibt es viele Möglichkeiten des Engagements. Es bleibt jedoch eine "Gretchenfrage": Die meisten Professorinnen und Professoren, die sich im Bereich Nachhaltigkeit engagieren und damit über den Tellerrand ihres Faches hinausschauen, sind auch ohne dies schon mit Arbeit überlastet. Wer Neues postuliert, muss auch sagen, wo Entlastung möglich ist. Mich interessieren hier nicht die organisatorischen Aspekte, sondern das Grundsätzliche vom Wissenschaftsverständnis her.

DFG-Chef Matthias Kleiner ist für seinen Ausspruch bekannt. "Wissenschaft soll Qualität bieten, Relevanz ist kein maßgebliches Kriterium". Man kann dem mit guten Gründen widersprechen. Dennoch trifft die Bemerkung m. E. einen wichtigen Aspekt: Wissenschaft braucht Muße, sie ist zuerst ein Prozess des mühsamen, sorgsamem Durchdenkens von Sachverhalten. Sie darf nicht zu schnell ins Engagement münden.

Allgemeiner: Die mangelnde Umsetzung von Nachhaltigkeit ist nicht nur ein Politikversagen, sondern auch ein Wissenschaftsversagen, nicht nur ein Umsetzungs-, sondern ebenso ein Reflexionsproblem. Dies gilt z.B. hinsichtlich der mangelnden Integration des Faktors Natur in die wirtschaftstheoretischen Modelle oder - um mein eigenes Fach zu nennen – die Voraussetzungen in den gängigen Modellen von Klimagerechtigkeit hinsichtlich der globalen, intergenerationellen, historischen und kulturellen Dimensionen von Gerechtigkeit.

Wissenschaft braucht nicht Projekt- und Beratungsaktivismus, sondern in erster Linie Ruhe zum Denken, Forschen und Lehren. Hochschulen und Universitäten können sich nicht damit zufrieden geben, für Bologna-Module auszubilden. Sie sollten Orte sein, an denen kritisch darüber nachgedacht wird, in welcher Gesellschaft wir leben und leben wollen. Dabei braucht es immer wieder auch direkte Gespräche mit Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft, Kultur und in anderen Fächern, um in produktiver Weise fachspezifische und allgemeine gesellschaftliche Fragen zu verknüpfen. In solchen Verknüpfungen sehe ich zugleich den wissenschaftstheoretischen Kern von Nachhaltigkeit.³

Eine so strukturierte Nachhaltigkeitskommunikation ist zugleich ein Beitrag zur Autonomie der Hochschulen (die im Bologna-Prozess mehr theoretisch beschworen als alltagstauglich umgesetzt wird), insofern die Universitäten und Hochschulen dabei aus den Wissenschaften selbst heraus reflektieren, welches Wissen nötig ist für die Gesellschaft statt mehr oder weniger passiv auf Zieldefinitionen reagieren, die ihnen von außen im Blick auf vermeintliche Arbeitsmärkte oder Politikziele vorgegeben werden. Die Freiheit der Wissenschaft hat ihre Quelle letztlich darin, dass sie zu Verantwortung befähigt.

³ Vgl. M. Vogt, Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive, 3. Aufl. München 2013, 305-372.